



Frieden für Europa

Dr. Klaus Olshausen

September 2022

Zusammenfassung

Frieden für Europa wird gelingen, wenn die Integrität der Ukraine wiederhergestellt ist. Das verlangt die umfassende Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukraine und Konsequenz bei der Kappung der fossilen Energien aus Russland. Erst mit Russland in seinen anerkannten Grenzen sind neue Verbindungen für die Zukunft zu verhandeln.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Frieden in Europa kann, ja wird gelingen, wenn die Integrität der Ukraine wiederhergestellt wird. Das bedeutet, so der amerikanische Osteuropa-Historiker Timothy Snyder, einen Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten.

Die Meldungen aus dem Kriegsgebiet im Oblast Charkiv sind geeignet, nicht nur Zuversicht in der Ukraine zu stärken, sondern auch den „Westen“ zu bestätigen, dass schon die (teilweise sehr) begrenzte militärische Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und die beeindruckende Kampfbereitschaft der Soldaten, verbunden mit dem Widerstandswillen, der Bevölkerung eine aktive Verteidigung voranbringen können.

Jetzt gilt es, nach vorn zu blicken und Staat und Bevölkerung der Ukraine so nachhaltig militärisch, politisch, finanziell und wirtschaftlich so zu unterstützen, dass das politische Eintreten der EU, der NATO mit Ihren Mitgliedstaaten und Partnern für deren territoriale Integrität von 1991 wieder Wirklichkeit werden kann.

Damit eröffnet sich auch die Perspektive, mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen eine neue Verbindung aufzubauen und Schritte zum Frieden zu finden.

Aber deutliche Fortschritte aktiver Verteidigung seit Anfang September, v.a. an der Front im Osten, dürfen nicht dazu führen, die weiter schwierige militärische Lage insgesamt zu unterschätzen. Russland unter Putin wird alles daransetzen, den größten Teil von Donezk Oblast zu behaupten, ja auszubauen.

Und selbst bei einem Erfolg der Ukraine in Cherson im Süden durch das Gewinnen des Nordufers des Dnjepr, beherrscht Russland weiter das Südufer und verschließt der Ukraine den Zugang zum Asowschen Meer und zur Krim.

Dies gesagt, fordert von allen ca. 50 Staaten der „Ukraine Kontaktgruppe Ramstein“, die am 8. September unter Leitung von SecDef Austin erneut getagt hat, sowie weiteren Partnern den ukrainischen Streitkräften auf dem Boden und in der Luft mit Aufklärung und wirksamen Waffen, mit gezielter Ausbildung und Beratung auf operativer und strategischer Ebene beizustehen.

Die ersten Septembertage zeigen auch, was die ukrainischen Truppen erreichen könnten, wenn Schützenpanzer und Kampfpanzer zu den schnelleren Unterstützungsleistungen aus dem „Westen“ gehören würden. Gewiss ist die Vorbereitung von Offensiven mit zielgenauer und weitreichender Artillerie unverzichtbar, aber breiter angelegte Gegenangriffe verlangen geschützte Fz/Pz für die Infanterie und den direkten Feuerschutz der Kampfpanzer. Das ist kein Geheimnis. Solange diese Art der Unterstützung (mit dem von Bundeskanzler Scholz am 18.09. im DLF wiederholten Scheinargument der Abstimmung und der Vermeidung eines damit angeblich verbundenen Eskalationsrisikos [größer als bei HIMARS oder MARS ??]) unterbleibt, wird der Befreiungskampf der Ukraine unweigerlich mit größeren Verlusten einhergehen.

Der mit Wiederherstellung der Ukraine und Anerkennung gleicher Staatlichkeit anzustrebende Friede kann aber auch durch Nachgeben gegenüber der Gas-Erpressung durch Putin und Gazprom gefährdet werden. Zwar wollten die EU-Staaten nach Kriegsbeginn mit dem Ausstieg aus der Nutzung russischer fossiler Energien Putin entscheidende finanzielle Mittel entziehen und so seinen Eroberungskrieg abkürzen. Das ist aus zwei Gründen gründlich misslungen.

Erstens fanden sich kurzfristig nicht genügend andere Lieferanten, was den Preis in schwindelnde Höhen trieb. Das ermöglichte Russland, selbst mit einer geringeren Abnahme seiner fossilen Ressourcen höhere Einnahmen zu erzielen. Zweitens konnte Putin die besondere Abhängigkeit einer Reihe EU-Staaten nutzen, um die Gaslieferungen einzustellen oder drastisch zu reduzieren. Das löste in mehreren Ländern, auch in Deutschland, Diskussionen aus, Moskau mit politischen Zugeständnissen entgegenzukommen, um die eigene Wirtschaft vor drastischen Einbrüchen und die Bevölkerung vor explodierenden Preisen zu bewahren. Noch ist es nicht soweit. Kurzfristig würden Entscheidungen zu Zugeständnissen vor allem dem Kampf der Ukraine schaden, längerfristig würde aber so auch Putins erklärter Krieg gegen den Westen nicht beendet, sondern mit Mitteln zu weiterer Spaltung ausgestattet.

Wer die genozidische Politik gegenüber der Ukraine und die Spalterpolitik gegenüber der EU und der NATO stoppen will, muss also zwei „Gefechte“ führen und erfolgreich beenden: Erstens das militärische Zurückdrängen russischer Streitkräfte aus der Ukraine und zweitens das Herstellen und Aufrechterhalten wirtschaftlicher und sozialer Resilienz in den EU-Staaten beim beschlossenen Aussteigen aus Russlands fossiler Energie. Beide Erfolge sind möglich, wenn die Europäische Union und Nordamerika gemeinsam ihre Unterstützung der kämpfenden Ukraine fortführen und wenn weitere Quellen für fossile Energien zügig gewonnen werden sowie angemessene Entlastungen von Wirtschaft und Gesellschaft in der EU und den Mitgliedstaaten den Zusammenhalt wahren, auf dem das Handeln gegenüber dem aggressiven Russland basiert.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. und erschien in geringfügig kürzerer Fassung erstmalig im Behörden Spiegel newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 372, 19. September 2022.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen